

NDR Info Das Forum

01.07.2017 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

02.07.2017 /12.30-13.00 Uhr

Andreas Flocken

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

Podiumsdiskussion (Zusammenfassung vom 22. Juni 2017)

„Weltordnung im Umbruch – Recht des Stärkeren statt Völkerrecht?“

Teilnehmer:

Prof. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr

Prof. Andreas von Arnould, Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht, Kiel

Prof. Michael Brzoska, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH

Moderation: Andreas Flocken

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, es begrüßt Sie Andreas Flocken.

In der kommenden Woche ist es soweit. Dann herrscht in Hamburg die höchste Sicherheitsstufe. Zum G20-Gipfel kommen Donald Trump, Wladimir Putin, Xi Jinping, Emmanuel Macron und weitere Staats- und Regierungschefs in die Hansestadt. Mehrere tausend Polizisten werden im Einsatz sein. Zahlreiche Demonstrationen und Protestveranstaltungen sind angemeldet worden. Wegweisende Beschlüsse wird es auf diesem Gipfel wohl nicht geben. Aber vielleicht kann der persönliche Meinungs austausch schon ein Gewinn sein. Nicht ausgeschlossen ist allerdings, dass der unberechenbare US-Präsident für Überraschungen sorgen wird – im negativen oder im positiven Sinne.

Der anstehende G20-Gipfel war Anlass für eine gemeinsame Podiumsdiskussion von NDR Info und der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr. Das Thema: „Weltordnung im Umbruch – Recht des Stärkeren statt Völkerrecht?“

Denn spätestens seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten stellt sich die Frage, ob die Nachkriegsordnung, so wie wir sie seit rund 70 Jahren kennen, noch eine Zukunft hat. Die USA wollen nicht mehr Garantiemacht dieser liberalen Weltordnung sein. „America first“ heißt die Devise der neuen US-Führung. Washington setzt auf Abschottung statt Freihandel. Internationale Verpflichtungen werden in Frage gestellt. Die Verbündeten sind verunsichert. Trump hat angekündigt, den Weltklimavertrag zu kündigen. Die USA wollen nicht mehr Weltpolizist oder Führungsmacht sein. Entsteht nun ein Machtvakuum in der internationalen Politik? Gibt es noch mehr Konflikte? Sind nationale Interessen wichtiger als Werte und das internationale Recht?

Über diese und andere Fragen haben in der vergangenen Woche drei Experten auf dem Podium diskutiert: Professor Andreas von Arnould, Völkerrechtlicher am Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht in Kiel. Professor Michael Staack, Politikwissenschaftler an der Helmut-Schmidt-Universität und Professor Michael Brzoska – er war zehn Jahre lang Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Die erste Frage ging an den Völkerrechtler von Arnould:

Flocken: Herr Prof. von Arnould – die USA unter Trump gehen ja nun eigene Wege. Erleben wir jetzt möglicherweise eine Erosion internationaler Normen? Kann man da schon was sagen?

von Arnould: Mit aller Vorsicht vor solchen Prognosen, gerade wegen dieses eratischen Charakters dieser Politik der momentanen Administration, würde ich sagen, es ist sicherlich keine gute Zeit für neue völkerrechtliche Projekte. Das heißt, neue ambitionierte Verträge werden sicherlich jetzt nicht aufgelegt werden - wenn man an Paris denkt und das Klimaabkommen. Wir erleben eher eine Krise des Multilateralismus als eine Krise des Völkerrechts. D.h., die Institutionen als solche müssen ja auch leben und müssen mit Leben gefüllt werden. Und dort bricht jetzt jemand als verlässlicher Partner weg, der bislang in diesen Institutionen zwar nicht immer eine ganz von Ambivalenzen freie Rolle gespielt hat, aber doch zumindest im Grundsatz verlässlich war. Da sehe ich

eher das Problem, als dass das Völkerrecht bzw. die völkerrechtlichen Normen erodieren.

Flocken: Professor Brzoska, Trump sieht vieles anders. Er ist gegen Multilateralismus, er ist mehr für bilaterale Abkommen. Ist denn der Antritt von Präsident Trump möglicherweise eine Zäsur für die liberale Weltordnung? Denn wir erleben ja, dass sich einige Staaten jetzt mächtig umorientieren.

Brzoska: Na ich denke, es ist insofern tatsächlich eine Zäsur, als die amerikanische Politik sich jetzt vielleicht deutlicher als zuvor davon abwendet, oder es zumindest versucht, das, was Sie als liberale Ordnung bezeichnet haben, aufrecht zu erhalten. Man kann auch schon vorher Zweifel gehabt haben, ob das so geht. Andreas von Arnould hat schon angesprochen, dass die Amerikaner sich ja auch vielleicht, ich würde sogar sagen zunehmend, nicht mehr so richtig an einige Grundprinzipien gehalten haben - wenn man etwa an den Menschenrechtsbereich denkt. Aber sie haben zumindestens immer noch die Fiktion aufrecht erhalten, dass sie diese Ordnung weiterentwickeln und aufrecht erhalten wollen. Und das ist jetzt mit Donald Trump zu Ende. Interessanterweise erleben wir jetzt aber, was vorher vielleicht nicht zu erwarten war, dass auf einmal andere [Staaten] kommen und sagen, zumindest in Teilen, wir können uns durchaus vorstellen, diese Ordnung aufrecht zu erhalten. Also etwa im Wirtschaftsbereich China, mit interessanten Äußerungen zu Fragen zum Freihandel usw. Es ist nicht ganz klar, wie ernst das gemeint ist. Aber es ist natürlich schon so: Diese liberale Ordnung hat nicht nur deswegen bestehen können, weil die USA sich dafür eingesetzt haben, sondern weil sie auch im Interesse vieler [Staaten] gelegen hat. Und insofern gibt es jetzt auch viele andere, die versuchen werden, diese Ordnung aufrecht zu erhalten und die warten, ob vielleicht nach vier Jahren oder spätestens acht Jahren Trump wieder eine andere Politik aus den USA gemacht wird.

Flocken: Professor Staack, es gibt ja gemeinsame Werte. Zumindest hat der Westen immer nach außen gesagt, man habe gemeinsame Werte. Dazu gehören natürlich auch Menschenrechte. Freihandel war ja ein entscheidender Punkt, der ebenfalls häufig genannt wird. Wenn die USA nun als Führungs-

macht oder als langjährige Führungsmacht sagen, das ist für uns alles nicht mehr so relevant oder wir disponieren um: Besteht dann nicht die Gefahr, dass die Welt unfriedlicher wird? Dass sich ganz neue Konflikte auftun? Dabei hat die Welt hat ja schon Konflikte genug.

Staack: Sie haben es zu Recht gesagt: die Welt ist ja bisher auch nicht friedlich gewesen. Gerade in den letzten Jahren haben wir einen Kontrollverlust in der internationalen Politik. Viele Probleme, mit den wir heute zu tun haben, sind ja, das dürfen wir nicht vergessen, durch vorangegangene Administrationen verschuldet worden. Ich nenne nur die gesamte Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Aber Sie haben die Frage der Werte angesprochen und der Normen. Jede Ordnung braucht natürlich bestimmte zugrunde liegende Normen und Werte, die auch respektiert werden. Und wenn die USA jetzt weiter von diesen Werten und Normen abrücken, dann wird diese Ordnung auch weiter erodieren, weil andere noch nicht in dem Maße in der Lage sind, als Garantiemächte der Ordnung aufzutreten. Und weil auch das destruktive Potenzial der USA, also etwas in Frage zu stellen, wie das Klimaabkommen oder vielleicht auch das Iran-Abkommen, natürlich ganz große negative Wirkungen hat. Das heißt also – in dieser Situation bräuchte man eigentlich, in einer multipolaren Welt, ein Konzert der großen Mächte. Man hat verschiedene große Mächte. Es sind nicht nur die USA, sondern beispielsweise auch Russland, die in diesem Konzert nicht vernünftig mitspielen, sondern die ihre eigenen Instrumente bevorzugen.

Flocken: Und was heißt das, Professor von Arnauld? Könnte es nicht heißen, dass man jetzt gerade auch Institutionen bräuchte, die Vorgaben machen, die Werte setzen. Z.B. der Strafgerichtshof oder die Vereinten Nationen. Aber das ist ja offenbar nicht der Fall.

von Arnauld: Und das ist natürlich wieder das Problem mit der angesprochenen Krise des Multilateralismus, weil diese Institutionen auch von innen heraus mit Leben gefüllt werden müssen. Und gerade die Big Player in den Vereinten Nationen müssten natürlich letztlich auch eine ganz andere Verantwortung tragen. Ich glaube, Michael Staack hat es auch angesprochen, man kann es ganz mo-

ralisch formulieren: Die Vorbildfunktion, die an sich auch die USA - jedenfalls nach außen hin - in vielerlei Hinsicht gespielt haben, wird jetzt ganz offenkundig aufgekündigt. Man steht als Spielverderber da und brüstet sich auch noch damit. Ich glaube aber, wenn man etwas tiefer guckt - und das hatte Michael Brzoska auch schon angesprochen - haben wir es tatsächlich auch mit einem längerfristigen Prozess zu tun. Wenn wir uns jetzt eben den Menschenrechtsbereich angucken, dann müssen wir eben sehen, wie der von George W. Bush damals ausgerufene War on Terror geführt wurde mit Blick auf die Menschenrechtssituation, Stichwort Guantanamo, aber auch die CIA-Geheimgefängnisse. Da hat sich natürlich auch schon ein Rift – ein Riss – bei den Prinzipien innerhalb des Westens aufgetan, der durch gemeinsame Sicherheitsinteressen oftmals noch zusammengehalten wurde; jedenfalls auch durch die gemeinsame Sicherheitsperzeption. Aber, auch wenn wir an den Freihandel denken, den Sie angesprochen haben: Das jetzt von Donald Trump wiederum aufgekündigte TTIP-Abkommen und die Transpazifische Partnerschaft sind ja im Prinzip gewisse Erosionen mit Blick auf die multilaterale Ordnung der Welthandelsorganisation. Sie zielen darauf ab, neue Strukturen zu schaffen, die letztlich eigentlich den globalen Süden benachteiligen. Wir haben es natürlich mit Prozessen zu tun, die nicht so eindimensional sind. Aber momentan sehen wir einfach eine Form von Akzeleration, von Beschleunigung. Und wir sehen eben zugleich – und deswegen glaube ich, ist der symbolische Aspekt auch so wichtig - ein offenes sich dagegenstellen und es wird gesagt, wir machen nicht mehr mit. Und dann ist da natürlich noch die Erosionswirkung aufgrund der fehlenden Vorbildfunktion.

Flocken: Professor Brzoska, Sie wollten dazu etwas sagen.

Brzoska: Wenn ich daran direkt anschließen darf: Also ich finde das Bild von der Beschleunigung sehr richtig. Donald Trump stellt einfach Fragen, die sowieso auf die Weltordnung zugekommen wären, wenn man sie mal als Person sieht, die einfach schneller beantwortet werden müssen. Nehmen wir z.B. den Bereich Handel. Also ich glaube, dass diese Art von liberaler Wirtschaftsordnung nicht langfristig überlebensfähig ist. Es geht nicht, dass es Milliarden von Menschen gibt, die unterhalb des Existenzminimums leben. Und ich glaube,

dass Freihandel auch nicht die Lösung ist, um diese Menschen aus dieser Not zu bringen. Das haben wir 30 Jahre lang versucht. Freihandel ist sicherlich nicht falsch, aber er hat eben Nebenwirkungen. Es musste sich was ändern. Dass Trump jetzt sagt, ich stelle den Freihandel infrage, weil es Amerikaner gibt, die benachteiligt werden, ist wahrscheinlich nicht das wichtigste Problem, das diese Weltordnung hat. Aber dass der Freihandel nicht alle Probleme löst, diese Ansicht, glaube ich, ist richtig. Und insofern stellt eben Trump durchaus richtige Fragen, er gibt vielleicht die falschen Antworten. So sehe ich es auch im Grunde genommen bei der Frage des Multilateralismus. Die Vereinten Nationen sind ja nicht erst seit Trump blockiert. Sie waren blockiert in der Ukraine-Krise, sie waren blockiert in der Syrien-Krise. Das heißt: Dass wir irgendwie neue Formen der internationalen Konflikt-Lösungs-Organisationen brauchen, ist eigentlich auch schon länger klar. Auch da stellt Trump eigentlich die richtigen Fragen. Wie kann man das anders organisieren? Die [Trump-] Antworten sind falsch. Man muss sehen, entweder irgendwie in die Richtung zu gehen, wie Michael Staack angedeutet hat, in ein Konzert der Großen [Mächte] oder irgendwie in eine andere Form. Und da ist ja auch die G20 immer wieder ein Versuch, dann irgendwie doch einen Interessenausgleich zu schaffen. Ich glaube, das ist einfach wichtig, weil die Grundlage dieser alten Ordnung nicht mehr da ist.

Flocken: Darf ich da einfach anschließen. Professor Staack, also man könnte dann ja sagen, dass es durchaus eine Chance ist, dass Trump jetzt da ist. Man könnte jetzt eine Weltordnung in einer Weise gestalten, die – ich überspitze jetzt mal – gerecht ist und allen gerecht wird. Denn bisher haben wir ja eher eine westliche Ordnung gehabt, in der die anderen eher das Nachsehen hatten.

Staack: Na ja, Krisen sind ja immer eine Chance. Allerdings, wenn man sich mal die Erfahrungen der Vergangenheit anguckt - und Trump hat ja nun schon seine Vorläufer gehabt. Wir haben die Reagan-Administration gehabt und wir haben die Bush-Administration gehabt. Und wenn ich die jetzt als positive Chance begreife, dann ist anschließend die Bilanz recht bitter gewesen. Vieles, was Bush zum Beispiel falsch angepackt hat, mit dem haben wir heute noch zu

tun. Ich glaube, der grundsätzliche Denkfehler bei Trump ist, dass er etwas will, was nicht mehr funktionieren wird. Er will die Weltmachtposition der USA wiederherstellen, in einer Art und Weise, wie es sie in den 50er und 60er Jahren gegeben hat. Was wir aber brauchen in einer Welt, in der die Gesellschaft ja auch viel wichtiger geworden ist und in der es aufsteigende Mächte gibt, vor allem aus dem globalen Süden, ist ja, dass der bisherige Westen mit den Aufsteigern teilt. Er muss Macht und Einfluss teilen. Denn nur zusammen mit diesen Aufsteigern und den neuen Kräften wird man die internationale Ordnung stabilisieren können. Trump aber will, dass die USA weiterhin – oder wie in den 50er Jahren wie gesagt – das Zepter und die Zügel in der Hand halten usw. Das wird aber nicht funktionieren. Er muss sich entweder anpassen oder er wird scheitern. Und die anderen sollten eigentlich das machen, was sie teilweise jetzt auch tun, nämlich das, was sie für richtig halten. D.h. zum Beispiel festhalten am Klimavertrag oder an anderen internationalen Abkommen. Und das wäre dann vielleicht die Chance. Aber ansonsten wäre ich sehr vorsichtig, Trump als Chance zu begreifen.

Flocken: Professor von Arnauld, bisher hatten die USA ja ganz allein diese Führungsrolle. Die USA haben sie auch angenommen. Sie haben dann auch bestimmte Regeln und Normen durchsetzen können - auch aufgrund der militärischen Stärke und der Macht, die sie gehabt haben. Das Beispiel Nordkorea zeigt aber zugleich, dass es selbst für eine Supermacht hier Grenzen gibt. Wenn die USA jetzt sagen, wir ziehen uns zurück, und wir wollen auch nicht mehr Weltpolizist und Weltmacht sein und für bestimmte Normen stehen - würde das nicht heißen, auch in einer multipolaren Welt, dass möglicherweise andere Staaten sagen, o.k., wir schauen mal, wie weit wir gehen können, wir eifern Trump nach und sagen z.B. „Japan first“. Das hieße doch, ich überspitze jetzt mal, es könnte viele Nordkoreas geben. Mit der Folge, dass wir dann in der Tat eine Anarchie im internationalen System haben könnten.

von Arnauld: Die Sorge habe ich jetzt erst einmal nicht, weil im Prinzip durch dieses „My country first“ zu formulieren voraussetzt, dass man zumindest meint, jedenfalls in der eigenen Wahrnehmung, alleine mehr oder weniger egoistisch existieren zu können. Das setzt natürlich voraus, dass man erstmal über

ein bestimmtes Potenzial verfügt, das eben auch Angriffe von außen abwehrt usw. Und die meisten Staaten wissen, dass es Kooperationsgewinne gibt. Das wird ja momentan tatsächlich nur in den USA unter der Trump-Administration, jedenfalls nicht öffentlich bekannt, um es mal so zu sagen. Ansonsten wäre ich auch wieder vorsichtig zu gucken, wieweit die USA tatsächlich aus einer völkerrechtlichen Perspektive eben immer diese konstruktive Rolle gespielt haben. Sie haben sich zwar an bestimmte internationale Normen gehalten, aber eher aus freiwilliger Selbstverpflichtung, als aus völkerrechtlicher Verbindung. Die USA sind ja eher ohnehin zurückhaltend, wenn es darum geht, internationale Abkommen zu ratifizieren, auch im menschenrechtlichen Bereich. Sie haben den UN-Zivilpakt zwar ratifiziert, aber mit so vielen Vorbehalten versehen, darunter, dass das US-amerikanische Verfassungsrecht immer vorgeht, dass sie im Prinzip eigentlich dort nie ein Player auf Augenhöhe waren. Und auch im Bereich des Umweltschutzes - das Kyoto-Protokoll, ist ja auch deswegen u.a. gescheitert, weil die USA nie mitgemacht haben. Jetzt ist ja tatsächlich das Pariser Klimaschutzabkommen extra eher als eine Art Interpretation der Klimarahmenkonvention aufgelegt worden, damit am US-Senat vorbei im Prinzip dieses Abkommen möglich wird. Wir erkennen eigentlich eher, was Obama versucht hat. Auch John Kerry hat da wirklich Großartiges geleistet, auch mit dem Iran-Deal. Das waren eher informelle Abkommen und Abreden, um es eben für die USA möglich zu machen, mitzuspielen. D.h., in vielen Bereichen haben die USA nicht so stark diese Normen verteidigt, als vielmehr eben geschaut, wie weit können wir mitspielen. Es geht tatsächlich eher um den harten sicherheitspolitischen Bereich, in dem die USA eigentlich immer ein Pfeiler des Westens waren. Und da ist es, glaube ich, tatsächlich deutlich geworden, deutlicher als vorher, dass das offen infrage gestellt wird. Wir haben vor etwa 10-15 Jahren über die Koalition der Willigen gesprochen und gefragt, ob die NATO möglicherweise unter George W. Bush gar keine Rolle mehr spielt. Also deswegen wäre ich eben in der Diagnose etwas vorsichtiger. Ich sehe auch, dass Trump jetzt tatsächlich nochmal einen draufsetzt, um es einmal so zu formulieren. Und das hat uns deswegen auch etwas verblüfft und lässt uns zurückschrecken. Aber es sind Prozesse in Gang gesetzt worden, wo ich tatsächlich denke, dass es vielleicht auch gut ist, dass wir jetzt gezwungen werden, darü-

ber nachzudenken - auch über die Realitäten einer multipolaren Ordnung und wer tatsächlich verlässliche Partner sind.

Flocken: Sie haben ein Stichwort genannt – die USA als Pfeiler. Zumindest im sicherheitspolitischen Bereich waren und sind die USA ja immer noch ein Pfeiler. Das Stichwort NATO ist ebenfalls schon genannt worden. Jetzt stellt sich natürlich die Frage auch für die Staaten, die sich an den USA auch sicherheitspolitisch orientiert haben. Wie sollen sie sich verhalten? Oder wie werden sie sich verhalten, wenn nun der Hegemon bzw. die Führungsmacht sagt, es ist keineswegs sicher, dass wir für eure Sicherheit eintreten werden, weil „America first“ für uns gilt. Wenn es in unserem Interesse ist, dann machen wir was für euch, aber Werte und Solidarität: das ist nicht so entscheidend. Heißt das dann nicht in der Konsequenz, dass viele Staaten jetzt auch, auf eigene Sicherheitsanstrengungen setzen? Wir sehen es in Europa, wir sehen es in der NATO, wir haben das Zwei-Prozent-Ziel, worauf Trump pocht. Im Grunde genommen erleben wir ja eine Aufrüstungsrunde ohne Ende. Nicht nur in Europa. Ich würde auch sagen, in den asiatischen Ländern. China ist dort, rüstet auf. Die Anderen werden vermutlich nachziehen, weil die möglicherweise auch sagen, wir können uns auf die USA nicht unbedingt verlassen. Droht eine immense Aufrüstung, Professor Brzoska?

Brzoska: Ja, das ist in der Tat so. Und das ironische ist ja, dass im Grunde genommen Donald Trump diese Ankündigung, dass man das infrage stellen könnte, dass man auch alle NATO-Staaten verteidigt, verbunden hat mit einer massiven Aufrüstung der eigenen Armee. Also man fragt sich natürlich, was soll das, gleichzeitig zu sagen, wir sind gar nicht mehr so bereit, militärisch irgendwo einzugreifen. Das hat er ja nicht nur für Europa gesagt, sondern er hat z.B. Hillary Clinton damals sehr kritisiert für das Engagement im Nahen Osten. Er sagt im Nachhinein, er war gegen den Irak-Krieg. Also im Grunde genommen eine eher isolationistische Haltung. Gleichzeitig baut er aber die Streitkräfte auf. Und das führt natürlich dazu, dass in der Tat, wie Sie sagen, dann andere in Europa, Südostasien usw., auch aufrüsten. Und damit wird natürlich das militärische Übergewicht des Westens, was insgesamt ja relativ groß ist – allerdings nicht überall - noch größer. Das führt natürlich automatisch dazu, dass

dann die Staaten, die sich dadurch herausgefordert fühlen, wie Russland oder China, sagen, wir müssen ebenfalls aufrüsten. Also wir kommen in eine Situation rein, in der allein durch solche verbalen Äußerungen, und natürlich auch durch die materielle Seite, wirklich auferüstet wird, mit der Folge, dass möglicherweise Gefahren entstehen, die nicht mehr richtig kontrollierbar sind.

Flocken: Professor Staack, ist das möglicherweise auch ein Kennzeichen des Umbruchs dieser Weltordnung, dass in dieser neuen Weltordnung, zumindest mittelfristig Rüstungskontrolle oder Abrüstung überhaupt keine Chance hat, dass wir jetzt in einer Aufrüstungs-Spirale sind, aus der man gar nicht mehr rauskommt?

Staack: Ja, das befürchte ich schon. Aber auch das setzt nicht erst jetzt ein, weil eigentlich der Gedanke der Abrüstung und Rüstungskontrolle schon verloren gegangen ist, als der Westen die absolute Überlegenheit hatte. Ungefähr die Hälfte der Weltmilitärausgaben, daran sollte einfach nochmal erinnert werden, bestreiten die USA allein. Und ungefähr 20-25 Prozent, je nachdem, wie man das definiert, die anderen Verbündeten - also drei viertel der Rüstungsausgaben der Welt. Und wenn man [militärisch] so überlegen ist, dann hat man Rüstungskontrolle eigentlich nicht nötig. Dann lädt man andere aber natürlich auch ein, aufzurüsten. Ich persönlich halte das Zwei-Prozent-Ziel für völlig irrsinnig, weil es an den sicherheitspolitischen und außenpolitischen Realitäten vorbei geht. Weil in einer Zeit, in der sich die USA aus der humanitären Hilfe zurückziehen, wo wir Hungersnöte in Afrika haben, wo wir Flüchtlingsbewegungen usw. haben, da können alle diese Aufgaben zum geringsten Teil mit Militär gelöst werden. Wir brauchen im Grunde mehr Mittel für die humanitäre Hilfe, für die zivile Krisenprävention, für die Entwicklungszusammenarbeit, für diese ganzen Bereiche. Hier muss der Etat steigen. Aber diese Konzentration auf das Militärische ist wirklich etwas, das von den Antworten her ins Abseits führt. Aber Sie haben völlig Recht: Aufrüstung ist ein Kennzeichen dieser neuen Ordnung, weil man auf bewährte, harte Machtmittel setzt, die es schon immer gegeben hat, die aber in der Situation eigentlich überhaupt nicht weiterhelfen.

Flocken: Professor von Arnould, sehen Sie denn Chancen, dass man diese Rüstungsdynamik durchbricht? Möglicherweise, indem man stärker auf Werte, auf Normen setzt und nicht auf militärische Hardpower. Oder ist das jetzt erstmal mittel- oder langfristig kein Thema mehr?

von Arnould: Langfristige Prognosen würde ich erst nicht wagen wollen. Mittelfristige im Augenblick auch nicht. Denn die Trump-Administration ist ein halbes Jahr im Amt und wir verfolgen im Grunde atemlos, was passiert, manchmal auch etwas ratlos. Im Augenblick stimmt es tatsächlich in bisschen traurig, dass die Perspektive schwer fällt, aus dieser momentanen Spirale der Rückkehr zur Hardpower rauszukommen. Jedenfalls auf globaler Ebene. Umso wichtiger ist, sich regional stärker zu konzentrieren. D.h., die Vertiefung der Europäischen Union muß jetzt vorangetrieben werden – auch gerade angesichts diverser Krisen. Aber gleichzeitig muss man auch andere verlässliche Partner suchen. Michael Brzoska hat vorhin schon angesprochen, beispielweise im Zusammenhang mit dem Freihandel, jetzt mit der Volksrepublik China zu sprechen und Pekings Angebot ernst zu nehmen. Man sollte nach Partnern Ausschau halten und jetzt durch eine Form von regionaler Konzentration wieder wertebasiert agieren. Es ist alternativlos, solche Strukturen zu schaffen, damit dann auch eine gewisse Resilienz da ist. Ich glaube, momentan ist die Zeit für groß ambitionierte Projekte auf globaler Ebene nicht gut, gerade wenn wir uns die Großmächte angucken. Denn auch Herr Putin ist nicht gerade jemand, dem man verantwortliches Führungsbewusstsein in der Welt nachsagen könnte.

Flocken: Professor Brzoska, – die Erregung, gerade hier in Europa, ist groß über Donald Trump und seine Politik. Aber das Zurückziehen der USA und die Orientierung auf eigene Interessen, war doch eigentlich auch schon vor Trump zu erkennen gewesen. Ich erinnere an Obama. Von ihm kam auch der Begriff „Nation-building at home“. Obama hat auch nicht interveniert, wo einige gesagt haben, das wäre eine gerechte Intervention, da hätte man eingreifen können, z.B. in Syrien. Und im Libyen-Krieg hieß es ja auch „Leading from behind“ – d.h., die Amerikaner standen nicht in der ersten Reihe. Trump macht doch ei-

gentlich mit seiner Umorientierung nur da weiter, wo Obama und andere schon angefangen haben, oder nicht?

Brzoska: Ich würde das anders sehen. Die Frage, ob jetzt die Amerikaner immer und überall führen müssen, die ist in der Tat nicht neu. Das war auch schon unter Präsident Clinton so. Die Älteren unter uns erinnern sich noch an den Balkan-Krieg: Da haben die Amerikaner sich ebenfalls lange zurückgehalten. Sie haben gesagt, das müssen die Europäer lösen. Das ist nicht unser Ding, das ist nicht in unserem nationalen Interesse. Auch früher war immer die Forderung - und Andreas von Arnould hat es ja eben nochmal für das Völkerrecht gesagt - wir handeln in unserem nationalen Interesse. Das ist die amerikanische Position gewesen. Die Frage ist aber, wie definiert man das? Was ist das nationale Interesse? Und da hat es mit Trump eine Veränderung gegeben. Das nationale Interesse wird nicht als Interesse definiert, insbesondere eine gewisse Ordnung und bestimmte Werte als Grundlage zu erhalten, sondern das nationale Interesse ist dieses „America first“. Und das ist der Unterschied. Wenn die Amerikaner in Libyen in der Anfangsphase nicht eingegriffen haben, dann weil sie gesagt haben, das ist nicht wirklich unser nationales Interesse. Warum sollen wir diesen Herrn Gaddafi stürzen? Der ist zwar ärgerlich, aber der ist nicht wirklich eine Gefahr für uns. Wenn die Franzosen, wenn Herr Sarkozy das wirklich will, dann soll er das machen. Wir werden ihm ein bisschen helfen, weil wir verbündet sind. Aber wir werden das nicht an erster Stelle tun. Auch bei Trump werden wir das erleben – er wird jetzt nicht überall eingreifen, sondern das wird sehr beschränkt geschehen. Es wird vermutlich beschränkt bleiben auf Fälle, wo es entweder um viel und große Dinge geht. Oder wie im Fall Nordkorea, wo es auch darum geht, publikumswirksam etwas zu machen. Aber es wird nicht so sein, dass die Amerikaner überall sagen werden: Wir führen, wir sind diejenigen, die die westliche Weltordnung aufrechterhalten. Sondern es wird sehr sehr selektiv erfolgen. Das ist der Unterschied.

Flocken: Das heißt, da werden sich Kritiker der USA möglicherweise freuen, dass sie sagen, die USA intervenieren dann weniger.

Brzoska: Ja, das kann durchaus die Folge sein. Ich bin da gar nicht sicher, dass wir, wenn wir nach vier bzw. möglicherweise acht Jahren Trump Bilanz ziehen, dann nicht feststellen werden: Es hat weniger amerikanisches militärisches Engagement gegeben als unter Obama. Wir sehen es ja zum Beispiel bei den Drohnen. Es ist ja auch interessant, dass die Anzahl der Drohnenangriffe unter Trump bisher sehr gering gewesen ist. Also die USA haben relativ wenig gemacht. Jetzt wird es wahrscheinlich wieder ein bisschen hochgehen. Aber Trump ist kein Militarist. Er ist auch nicht jemand, der kriegslüstern ist. Sondern Trump ist jemand, der die Position hat, wenn man bei einem Gegenüber irgendetwas erreichen will, dann muss man das aus einer Position der Stärke machen. Und je stärker wir militärisch sind, umso mehr können wir auch erreichen - in dem wir einfach stärker sind. Das [Militärpotenzial] muss man gar nicht einsetzen. Die Anderen wissen das ja, dass wir stärker sind. Insofern bin ich da relativ entspannt, was die Anzahl der Militäreinsätze angeht. Nicht aber, dass nicht dann, wenn es zu einer solchen Konfrontation kommt, etwa jetzt in Syrien oder möglicherweise auch in Nordkorea, dass dann Trump ganz schnell auch wirklich dazu neigt, militärisch einzugreifen - weil er eben ja irgendwann diese Position, dieses Drohen mit der militärischen Stärke, glaubhaft machen muss. Und dann kann dieser Konflikt sehr schnell eskalieren.

Flocken: Professor Staack – was können denn die anderen tun, konkret Europa? Wir hören ja nun auch, dass die Wahl Trumps als Weckruf verstanden worden ist. Und seit dem G7-Gipfel sagt ja auch die Kanzlerin, Europa solle sich auf seine eigenen Kräfte besinnen. Allerdings hören wir ja auch schon seit Jahren, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterentwickelt werden müsse. Das ist alles nicht neu. Und mancher sagt inzwischen bereits, dass die EU oder Europa die USA künftig als Führungsmacht ablösen soll. Ist denn das überhaupt realistisch?

Staack: Nein, das ist nicht realistisch. Europa hat seine Zeit in der Weltpolitik hinter sich. Und das hat ja auch manche positiven Aspekte. Auf der anderen Seite ist Europa insgesamt ein wichtiger weltpolitischer Faktor. Also es ist nicht mehr die Nummer Eins, aber es ist ein Faktor. Vor einem Jahr haben wir das Brexit-Votum gehabt. Die Europäische Union war in einem Zustand der Desin-

tegration und am Rande des Zerfalls. Wir hatten die Flüchtlingskrise und die Politik von Polen und Ungarn usw. Und ich denke schon, dass die Wahl von Trump dazu geführt hat, dass die Europäische Union, die Staaten der Europäischen Union, wieder etwas enger zusammengerückt sind. Inzwischen haben wir eine handlungsfähige, pro-europäische französische Regierung. Wir haben in Deutschland Stabilität und nicht ein Deutschland, wie das noch vor einem Jahr der Fall war, das von den Rändern, insbesondere vom rechten Rand, infrage gestellt wurde und auch Deutschland die Handlungsfähigkeit zu verlieren drohte. Da sehe ich schon positive Entwicklungen. Europa wird zwar in bestimmten Bereichen des Krisenmanagements, des Zustandekommens internationaler Abkommen tätig werden können. Es wird eine Vorreiterrolle beispielsweise für Rüstungskontrolle usw. übernehmen können. Aber Europa kann die USA nicht ersetzen. Es sollte allerdings danach gucken, wie Michael Brzoska schon gesagt hat, welche anderen Partner denn noch zur Verfügung stehen. Und da gibt es eben Schnittmengen mit China. Es gibt Schnittmengen auch mit anderen Ländern, die jetzt selbst ein bisschen in der Krise sind, wie Brasilien und Indien. Es liegt im Grunde genommen im europäischen Interesse, diese Mächte in eine globale Ordnung, die dann natürlich reformiert sein wird, zu integrieren. Denn wir können sie nicht allein bestimmen. Die USA können das auch nicht mehr. Wir brauchen also Verbündete. Das könnten wir. Aber wir könnten ganz bestimmt nicht Weltmacht sein.

* * *

Flocken

Soweit die Zusammenfassung der Podiumsdiskussion von NDR Info und der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr. „Weltordnung im Umbruch – Recht des Stärkeren statt Völkerrecht?“ Darüber diskutierten Professor Andreas von Arnould vom Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht in Kiel, Professor Michael Brzoska, langjähriger Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, sowie Professor Michael Staack von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr.

Eine Langfassung der Podiumsdiskussion zum Nachhören finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie die Sendung auch als Podcast herunterladen und den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Einen schönen Tag wünscht Andreas Flocken.